



P. b. b.

Verlagspostamt 1060 Wien. Erscheinungsort Wien

Preis S 3,-

DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

39. JAHRGANG

SEPTEMBER 1987

NUMMER 3

Österreicher und Nationalbewußtsein

Die überwiegende Zahl der Österreicher aus den beiden großen Lagern hatte ihr Österreichbewußtsein bereits Anfang 1938 bewiesen, als sie sich bereit erklärten, gemeinsam die Unabhängigkeit Österreichs gegen Hitlers Einmarsch- und Annexionspläne zu verteidigen und vor allem bei der angekündigten Volksabstimmung am 13. März 1938 mit „Ja“ für ein freies und unabhängiges Österreich zu stimmen.

Diese Front der Patrioten brach am Abend des 11. März 1938 zusammen, als Bundeskanzler Schuschnigg unter dem Druck Hitlers zurücktrat und das Hitler gegenüber willfährige Kabinett Seyß-Inquart mit den Nationalsozialisten die Macht in Österreich übernahm.

Die Österreicher als politische Häftlinge des deutschen NS-Regimes auf der Dachauer Lagerstraße, in den anderen Konzentrationslagern und in den Gefängnissen hatten alles Trennende in der jüngsten Vergangenheit überwunden und bewältigt, als sie einander versprochen, das wiedererstehende Österreich gemeinsam wieder aufzubauen.

Als Österreich 1945 als befreites Land aus Schutt und Asche, Blut und Tränen wiedererrichtet werden konnte, gab es den antifaschistischen Grundkonsens und das klare Bekenntnis der politischen Parteien zur österreichischen Nation. Bundeskanzler Ing. Figl erklärte: „Wir sind kein zweiter deutscher Staat, wir sind niemals ein Ableger einer anderen Nationalität, noch wollen wir es jemals werden. Wir sind

nichts anderes als Österreicher, dies aber aus ganzem Herzen und aus jener Leidenschaft, die jedem Bekenntnis zur Nation innewohnen muß.“

Die Österreicher hatten ihre Vergangenheit bewältigt, als sich am 12. Februar 1964 – einem ruhmlosen Jahrestag – Alfons Gorbach und Bruno Pittermann am Wiener Heldenplatz vor dem Mahmal im Weiheraum die Hände reichten, damit die endgültige Versöhnung der beiden großen Lager symbolisierten. Somit war die einstige Feindschaft dieser bedeutendsten beiden großen Lager in der Ersten Republik bis zum Bürgerkrieg 1934 nur mehr ein bedauerliches historisches Kapitel der österreichischen Geschichte.

1965 beschloß der Nationalrat mehrheitlich das Gesetz über den österreichischen Nationalfeiertag, der alljährlich am 26. Oktober begangen wird und seit 1967 als arbeitsfreier und bezahlter Feiertag besonders würdig gestaltet werden soll. Das Nationalbewußtsein der meisten Österreicher ist inzwischen weit mehr ausgereift, wenn

dies auch nicht immer klar zum Ausdruck kommt.

Kümmerliche Reste einer Deutschübelkeit und eines Pangermanismus, spärliche Wurzeln des NS-Ideologie wie Herrenmenschentum, Rassenüberheblichkeit und Antisemitismus zeigen sich wohl gelegentlich bei verschiedenen Anlässen und zeigen so noch einen Nachholbedarf an Nationalbewußtsein, zumindest bis zum Aussterben der greisen Ewiggestrigen.

Solche Relikte oder gar neue Keime und Spuren einer Gesinnung, die die Ausprägung und volle Entwicklung des österreichischen Nationalbewußtseins stören oder hemmen können, sollen immer wahrgenommen und aufgezeigt werden! Eine „Watch-List“-Eintragung wollen wir aber in Österreich auch nicht nachahmen, schon gar nicht auf freiwillige Meldung hierfür, aber energisch und warnend dagegen auftreten, bevor eine solche Saat wieder sprießen kann und neuerlich Unheil droht! Österreich über alles!

-JW-

Franz Hauf

Zusammenhalt – Zusammenarbeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg war unser Land ein Trümmerhaufen, Not und Elend waren unsere ständigen Begleiter, und nur der eiserne Wille, der Glaube und die Hoffnung auf ein neues, besseres Österreich spante unsere Landsleute an, durch Fleiß und Ausdauer den Wiederaufbau zu beginnen.

Nicht allein der Glaube und die Hoffnung waren damals ausschlaggebend, sondern der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit aller Österreicher. Es waren die Voraussetzungen für den Beginn einer neuen Ära, verbunden mit strukturellen Veränderungen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

gen für den Beginn einer neuen Ära, verbunden mit strukturellen Veränderungen auf dem Bausektor, der Wirtschaft im allgemeinen und allen Bereichen unseres Lebens, eingebunden. Kaum stand der Staat auf schwachen Beinen, als sich ein gewisser Wohlstand bei einigen Privilegierten abzeichnete, der von verschiedenen Politikern und Persönlichkeiten mit Verstand und großen Skandalen ausweitete. Wir kennen die Namen derer, die sich bereicherten, nicht auf Grund ihrer Arbeit, sondern durch Spekulationen, die sich bis in die achtziger Jahre fortsetzten. **Viele dieser Fakten wurden vergessen oder sie sind unter den Tisch gefallen, man sprach damals auch von einer absichtlichen Hinausgerung (Verschleppung), bis Gras darüber gewachsen sei.**

Was uns Österreicher heute aufrecht hält, ist die **Hoffnung auf Lösung von Problemen der Verstaatlichten, wie das Umweltproblem und die Donaukraftwerke**, damit meine ich Hainburg, das uns um 6 bis 8 Milliarden billiger gekommen wäre, als die heute vorgesehenen Standorte Wilhelmsmündung und Wolfsthal II.

Der Hoffnung folgt der Glaube, wir glauben an unser Vaterland, das wir 1945 aus Schutt und Asche für uns und unsere Kinder aufgebaut haben, wir glauben auch daran, daß die Gefahren, die uns von innen und außen drohen, abgefangen werden können. Das Image, das sich die Welt heute von uns macht, ist kein zufriedenstellendes, beeinflußt unsere Bevölkerung und führt zu einem gewissen Negativismus.

Gerade jetzt in der gegenwärtigen krisengeschüttelten und von politischen Parteienhader infizierten Situation wäre es selbstverständlich, die Mißstände zu beseitigen und neue, bessere Wege zu gehen. Die Zersplitterung innerhalb einer Partei oder Fraktion kann darüber hinaus das Gesamtbild unserer Politik gefährden und zerstören.

Unsere Meinungen und Vorstellungen sind für einen Kleinstaat zugeschnitten und müssen nicht mit anderen, großen Nationen (USA, „Watch List“) übereinstimmen.

Das Hissen (zeigen) einer Hakenkreuzfahne im HOHEN HAUSE oder der Fall des Linzer Vizebürgermeisters Hödl und viele andere Unmöglichkeiten sind zwar peinlich, man spricht und denkt darüber, aber sie sind nicht gravierend. Wenn vorhin von der Bevölkerung gesprochen wurde, die damals beim Wiederaufbau einzigartig war, so ist heute von einem **Zusammenhalt wenig zu sehen und zu hören.** Das

Zusammennücken, das miteinander Reden **ergibt einen Zusammenhalt, der zu einer Zusammenarbeit führen soll.** Dieses Zusammenhalten sollte heute mehr denn je zuvor in Österreich, trotz oder wegen gewisser Verschmähdungen und Aufwiegellungsveruche ausländischer Gruppen oder Vereine, **besser und fester geschnitten werden.** So lange es zu keinem Zusammenhalt, auch innerhalb der Parteigrenzen, kommt, kann

es auch nicht zu einer politisch vernünftigen Zusammenarbeit kommen. Immer war der Österreicher von **Glauben und Hoffnung beseelt**, besonders beim Wiederaufbau unseres Landes, denn beides sind integrierende Bestandteile unseres Lebens und **ergeben die Sinnhaftigkeit unseres Daseins.**

Ein Mensch ohne Glauben und Hoffnung ist arm und paßt einfach nicht in unser Menschheitsbild.

„Die Österreichische Nation“ Zeitschrift Band 2/Juni 1987

(Auszüge)

Herausgeber: Österreichische Gemeinschaft – Bundesverband.

„Die jüngsten vier Bände dieser Zeitschrift haben sich unter strikter Beachtung der geisteswissenschaftlichen Methode, also mit (teilweise internationalen) Quellenapparat, ausführlich mit dem „HEXENTANZ“ (Tuwis Friedmann) kontra Dr. WALDHEIM und Österreich auseinandergesetzt. Die jüngsten Ereignisse lassen eine weitere Befassung dieses einmaligen Phänomens von Psychoterror nur mehr in Glosseform zu. Das kommende Gedenkjahr (1918 - 1938 - 1988) wird Gelegenheit geben, historisch-politische und geisteswissenschaftliche Bilanz zu ziehen.“ Es folgen „Glossen zur Zeit“ zu diesem Phänomen von Psychoterror von Seite 6 bis 15 mit Zitaten aus den Medien und Kommentaren dazu.

Sehr aktuell und aussagekräftig ist die anschließende Abhandlung auf den Seiten 16 bis 20 dieser Zeitschrift. Der Autor, Dr. iur. Hans REICHMANN, ist Botschafter i. R. und hat jüngst als Sonderbotschafter für das richtige „Österreich-Image“ fungiert. Aus seinem Artikel bringen wir nun einen Auszug: **Nur eigene, nicht aber fremde Sünden verpflichten zur Reue**

Seit einiger Zeit treten Bußprediger auf, die Österreich eine angeblich unbewältigte Vergangenheit und die Lebenslüge des ersten Hitleropfers vorwerfen. Es soll nicht untersucht werden, ob reine Ahnungslosigkeit oder böser Wille sie zu dieser Rolle bewogen haben; die Grenzen der Geschichtsschreibung hat schon Goethe mit den Worten aufgezeigt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“

Der Verfasser dieser Darlegungen war während des Zweiten Weltkrieges als Österreicher sechseinhalb Jahre Offizier der französischen Armee und erlitt

im April 1943 in Tunesien eine schwere Verwundung. Als Zeitszeuge ist er daher verpflichtet, durch eine nüchternen Aufzählung v. bestrittener und unbestreitbarer Tatsachen eine richtige Beurteilung zu ermöglichen.

Selbst im Deutschen Reich hat Hitler im Reichstag nie die absolute Mehrheit besessen. Selbst die durch den Reichstagsbrand verfallenen Wahlen im März 1933 brachten ihm nur einen Stimmenanteil von 44%, und er konnte nur mit Hilfe eines Koalitionspartners die Mehrheit im Parlament behaupten. Die absolute Macht gewann er durch Betrug und Terror. Wenn Deutschland dennoch für seine Untaten verantwortlich gemacht werden kann, so beruht dies auf der Tatsache, daß er formal die legale Regierung des Landes repräsentierte ...

Die Einverleibung Österreichs war nun das erste Ziel der Politik Hitlers, die Gegenwehr der österreichischen Regierung führte zunächst zur 1000-Mark-Sperre und in der Folge zu Terrorakten, so daß am 19. 6. 1933 die NSDAP in Österreich verboten wurde. Der unglückselige Bürgerkrieg vom 12. 2. 1934 schwächte begreiflicherweise die Abwehrkraft; es wäre eine Untersuchung wert, inwieweit Intrigen der NSDAP an der Eröffnung des Kampfes durch den Linzer Schutzbund trotz der gegenteiligen Weisung der sozialistischen Parteileitung beteiligt waren. Die nunmehr gegebene Todesfahne der beiden großen Parteien lag nur im Interesse der NSDAP. Der vom Reich organisierte Kanzlermord am 25. 7. 1934 und der Versuch der Machtergreifung brachte der NSDAP keinerlei Erfolg. Österreich mußte damals nicht das Eingreifen der Wehrmacht fürchten, da Italien zum Einschreiten bereit war. Die folgenden Jahre brachten eine bedeutende Verschlechterung der außenpolitischen Lage. Italien war durch sein afrikani-

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

sches Abenteuer in Abhängigkeit von Deutschland geraten ...

Österreich konnte daher mit keiner Hilfe bei einem Gewaltakt mehr rechnen und nur versuchen, Zeit zu gewinnen und zu hoffen, daß die Mächte die Gefahr erkennen und die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Kräfteverhältnisses treffen würden. Aus diesem Grunde wurde das Abkommen vom 11. 7. 1936 mit dem Deutschen Reich abgeschlossen.

Dessen ungeachtet verfolgte Hitler seine Pläne der Einverleibung weiter. Es war ihm und seinen Anhängern klar, daß die NSDAP in Österreich viel zu schwach war, um einen Aufstand mit Aussicht auf Erfolg zu beginnen, die Mitwirkung der Wehrmacht war daher für das Gelingen unerlässlich. Der sogenannte Siebenerausschuß in der Teufelsstraße, eine Art geduldeten Parteileitung, arbeitete daher einen Plan aus, nach seinem Verfasser Tavs-Plan genannt, der die Ermordung des deutschen Gesandten Franz von PAPEN vorsah, wodurch ein gültiger völkerrechtlicher Grund für den Einmarsch geschaffen werden sollte. Die österreichische Staatspolizei konnte noch im Jänner 1938 diese Papiere beschlagnahmen, worauf PAPEN eine Begegnung mit HITLER zur Bereinigung der Mißverständnisse vorschlug. Am 12. 2. 1938 kündigte HITLER in Berchtesgaden SCHUSCHNIGG den sofortigen Einmarsch für den Fall an, daß nicht alle seine Forderungen erfüllt würden. Er konnte dies ohne jedes Risiko planen, da er wußte, daß keine Macht bereit war, ihm Widerstand entgegenzusetzen. Als nun am 11. 3. 1938 diese militärische Operation unmittelbar bevorstand, versuchte der damalige politische Direktor des Außenamtes, Gesandter Dr. HORNOSTEL, telefonisch geradezu verzweifelt, Hilfe bei den europäischen Großmächten zu finden, seine Bemühungen blieben nicht nur ohne jeden Erfolg, er mußte sie noch durch viele Jahre KZ-Haft büßen.

Die Einverleibung Österreichs war daher das ausschließliche Ergebnis militärischer Gewaltanwendung. Ein Versuch der Machtergreifung durch die österreichische NSDAP allein, wäre ebenso mühelos niedergeschlagen worden wie 1934, und Österreich hätte als selbständiger Staat weder irgend einer anderen Macht den Krieg erklärt noch irgendwelche Staatsbürger verfolgt. Auch die Tschechoslowakei hat im Herbst 1938 und März 1939 einen aussichtslosen Widerstand unterlassen, wie auch während des Kriegs Dänemark und Luxemburg.

Es ist auch unbestritten, daß die beiden Großparteien noch immer auf einen Anteil von 74% der Wähler rechnen konnten, während die NSDAP ungefähr 25% Sympathisanten zu mobilisieren in der Lage war. Mit einem solchen Anteil kann man nach einem erfolgreichen Gewaltstreich unvorstellbare Jubelzelen organisieren. Ebenso darf nicht vergessen werden, daß in der ersten Woche ungefähr 60.000 Österreicher verhaftet wurden und die nicht Betroffenen allen Grund hatten, ein Mißtrauen zu erwecken. Da damals Aufnahmesperre in die NSDAP bestand, mußten Österreicher ihren Anspruch auf eine Mitgliedskarte durch die Ausfüllung des sogenannten Erfassungsbogens, einem vielseitigen Fragebogen, begründen. Nur 60.000 Österreicher waren dazu bereit, wobei nicht wenige sich auf Gefälligkeitsätze stützten ...

Nun soll nicht geleugnet werden, daß nach jedem Machtwechsel Fanatiker, aber auch Charakterlose zu den ärgsten Untaten bereit sind. Der vor kurzem verstorbene französische Historiker Henri MICHEL hat unter dem Titel „Paris Allemand“ eine eindrucksvolle Darstellung von dem Verhalten einzelner seiner Landsleute gegeben. Auch die Luxemburger, Elsässer und Lothringer durften umgefragt des Führers Rock anziehen. Daraus wurden für das Land keine Schuldzuweisungen, sondern Schadenersatzansprüche abgeleitet.

Wo Hitler zeitweilig herrschte, waren Grauel unvermeidlich; Norwegen hat keinen Grund zur Reue für QUILSING, Belgien für DEGRELE. Es scheint aber unberechtigt, stolz zu sein, weil man Versuchungen widerstanden hat, denen man nie ausgesetzt war. Es ist nicht ganz sicher, wie sich ein Teil der New Yorker Bevölkerung verhalten hätte, wenn Hitler dort vorübergehend mit einer Besatzungsarmee auch eine GESTAPO-Leitstelle errichtet hätte.

Die plötzlichen Vorwürfe gegen Österreich sind um so weniger verständlich, als der Staatsvertrag kein Geschenk, sondern ein reiflich überlegtes Abkommen darstellt; er hat ganz bewußt die in der Moskauer Deklaration aus politischen, nicht rechtlichen Gründen enthaltene Mitverantwortung von Österreich gestrichen.

Es besteht nicht der geringste Anlaß, dieses eindeutig geklärt Thema wieder aufzunehmen.

Anmerkung der Redaktion: Abonnements der Zeitschrift „DIE ÖSTERREICHISCHE NATION“ sind an die „Österreichische Gemeinschaft“, Lindengasse 38/6, 1070 Wien, zu richten. Das Jahresabonnement beträgt S 100,-.

Franz DANIMANN

Notwendige Klarstellungen

Der Autor, Dr. Franz DANIMANN, ist geschäftsführender Vorsitzender der österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz sowie Sozialreferent der Liga für Menschenrechte. Er ist bekannt als Herausgeber bzw. Verfasser mehrerer Zeitgeschichtlicher Werke und als Volksbildner tätig. In diesem Elaborat nimmt er zu aktuellen Themen als Zeitzeuge Stellung. Wir bringen daraus einige Auszüge:

Österreich war das erste Opfer!

Im Gegensatz zu den Äußerungen einiger Persönlichkeiten – auch einiger Historiker – begaben sich auf diesen Irrweg – sei festgestellt, daß die **illegalen Nazi**, ungeachtet der deutschen nationalen Tendenzen innerhalb des Bürgertums, aber auch der Arbeiterbewegung (bis 1933), im **März 1938 nur eine Minderheit** von etwa 20 Prozent darstellten. Mit der Entscheidung der illegalen Linken (Revolutionäre Sozialisten, Kommunisten, Freigewerkschaften) bei der von Bundeskanzler Dr. SCHUSCHNIGG geplanten Volksabstimmung mit Ja zu stimmen, war dieser eine klare Mehrheit gesichert. **Der militärische Einmarsch erfolgte**, wenn auch langfristig geplant (Hosbach-Protokoll), dann auch etwas überstürzt, **um die sich anbahnende breite Abwehrbewegung im Keim zu ersticken**. Und in den Tagen darauf kam es dann zu den wohlorganisierten „spontanen“ Massenkundgebungen, zu denen ganze Betriebe geschlossen hinkoordiniert wurden, um der Propaganda von „Befreiung“ und „Anschluß“ den entsprechenden Rahmen zu geben.

„Die Welt kennt die Bilder vom Einzugs Hitlers in Österreich. Wörber sie weniger weiß, ist die große Verhaftungswelle, welche noch in der Nacht des 11. März begann und unser Volk seiner Repräsentanten beraubte, seine Wunden in vielen Familien mit und Tausende von Österreichern zur Flucht ins Ausland veranlaßte. Kein Wunder: Die Transporte in die Konzentrationslager des Dritten Reiches wurden von keiner Wochenschau gefilmt, und hinter Kameraum verlor sich keine Fotografen. Der Glaube an Österreichs Wiedergeburt in vielen einsamen Herzen war auf keine Filmrolle zu bannen...“ So der damalige **Bundespräsident Dr. KIRCHSCHLAGER** im Vorwort zu dem Sammelwerk FINIS AUS-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

TRIAE anlässlich des 40. Jahrestages des „Anschlusses“.

Der 11. März 1938

Österreichs Untergang vollzog sich am 11. März 1938! An diesem Tag wurde Bundeskanzler Dr. SCHUSCHNIGG durch militärischen Druck Hitler-Deutschlands zum Rücktritt gezwungen, wodurch der breiten Abwehrbewegung, die von ganz links bis zum konservativen Bürgertum reichte, der Todesstoß versetzt wurde. Bis zuletzt hatten wir – die Angehörigen der illegalen Linken – gehofft, in diesem Ringen um Leben und Tod, bei dem es auf alle Österreich-bewußten Kräfte ankam, auch die demokratischen Freiheiten wieder zu erlangen. Weil man mit gefesselten Händen nicht kämpfen kann, wie es der Leiter der Arbeiterdelegation, **Friedrich HILLEGEST**, am 3. März gegenüber dem Bundeskanzler ausdrückte.

Das Kabinett SEISS-INQUART war keine österreichische Regierung mehr, sondern ein Marionettenregime von Hitlers Gnaden. Und noch in der Nacht vom 11. auf den 12. März setzte jene, bereits lange vorbereitete Verhaftungswelle ein, die Österreich seiner politischen Repräsentanten beraubte. Einer der ersten NS-Machthaber, die aus dem sogenannten „Altreich“ in der „Ostmark“ eintrafen, war (nicht zufällig) der Führer der SS und oberste Polizeichef **HIMMLER**. Den 13. März als den Tag des Endes des selbständigen Österreichs zu begehnen, kieme einer ungewollten nachträglichen Aufwertung des offiziellen „Anschluß“ mit der Verkündung des Gesetzes über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ gleich. Wer von einer NS-Mehrheit in Österreich noch vor dem „Anschluß“ spricht, begeht eine Geschichtsfälschung. Die „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 verdient diesen Namen nicht. Es war eine reine Farce. Abgesehen von dem Druck und der verlogenen Propaganda, gab es auch keine objektiven Wahlbehörden bzw. Kommissionen, und es war auch die Geheimhaltung der Stimmabgabe in keiner Weise gewährleistet.

Widerstand

Bei den Diskussionen mit Angehörigen der jungen Generation werden die Überlebenden von Widerstand und Verfolgung immer wieder gefragt, was denn eigentlich unter illegaler Konspiration zu verstehen sei. Vor allem aus österreichischer Sicht sind dabei folgende Bereiche zu nennen:

a) **Aufklärung der Öffentlichkeit** über die Verbrechen des NS-Regimes und den Raubkrieg Hitlers, der nicht nur Unglück und Verderben über die

„Feindstaaten“ brachte, sondern auch unweigerlich die „zum Reich gehörenden Gebiete“ ins Unglück stürzen mußte. Für die „Donau- und Alpen-gaue“, also das „ehemalige Österreich“, galt es insbesondere, die nationale Unterdrückung durch die „alt-reichsdeutsche“ NS-Herrschaft zu dokumentieren. Mittel dazu waren Flugblätter, sogenannte „Kettenbriefe“ (die Empfänger wurden ersucht, den Text mehrfach abzuschriften und an Gleichgesinnte weiterzuleiten), die Verbreitung ausländischer Rundfunksendungen und nicht zuletzt die Verbreitung von Flüsterwitzen und Spottgedichten.

b) **Solidarität mit Verfolgten** bzw. Gefährdeten und deren Angehörigen. Dies reichte von Geldsammlungen bis zur Verbergung von „U-Booten“, d. h. Menschen, die sich der Verhaftung oder Deportation durch Flucht in den Untergrund entziehen hatten können. Ihre Unterkunftgeber riskierten nicht nur Freiheit und Existenz, sondern sie mußten auch die kargen Lebensmittelrationen mit ihnen teilen. Zahlreiche Fälle eigneten sich mit tragischem Ausgang sowohl im linken als auch im rechten Widerstandslager. Es sei hier auch die kirchliche Hilfsstelle für nichtarische Christen des **Pater BORN** in der Erzdiözese Wien erwähnt...

c) **Sabotage**: Damit sollte Sand in das Getriebe der Kriegsmaschine gestreut werden, etwa Ausschußproduktion in Rüstungsbetrieben, Störung von Transporten, Unbrauchbarmachung von Maschinen etc. Es handelte sich dabei um einen besonders gefährlichen Bereich. Wer erwisch wurde, mußte mit dem Todesurteil rechnen.

d) **Direkte Aktionen** gegen das Regime und seine Exponenten. Dazu gehört etwa der militärische Widerstand von Österreichern in der Hitler-Wehrmacht. Es sei daran erinnert, daß die Verschwörung des 20. Juli 1944 gerade in Wien planmäßig durchgeführt wurde, die getroffenen Maßnahmen wegen des Zusammenbruchs in Berlin aber dann zurückgenommen werden mußten. Auch die Aktion KAS-SZO-KÖLL im April 1945 gehört dazu.

Besonderes Gedenken

Leopold FIGL – 85. Geburtstag

Am 2. Oktober 1987 hätte Altbundeskanzler Dr. h. c. Dipl.-Ing. FIGL – der am 2. Oktober 1902 in Rust im Tullnerfeld/NO. geboren wurde – hochbetagt seinen 85. Geburtstag gefeiert. Er war vom NS-Regime schwer verfolgt worden, beim Wiederaufbau des befreiten

Ein hoher Einsatz

Auch wenn man hoffte, nicht erwisch zu werden, mußte man doch damit rechnen. Es folgten langjährige (wir nannten es „regierungslinglich“) Haft bzw. Konzentrationslager oder spätestens ab Kriegsbeginn – die Todesstrafe. Dafür, daß dieser hohe Preis für eine gerechte Sache bezahlt werden mußte – und man sich dessen bewußt war –, legen viele **Abschiedsbrieife** aus den Todeszellen Zeugnis ab. Wenn wir in den Schulen darüber berichten, werden wir von den Jungen oft ganz fassungslos gefragt: „Aber das war doch eigentlich reiner Selbstmord?“ Qui tacet consentire videtur! (Redaktion: Wer schweigt, scheint zuzustimmen!) Eine Form von **Pflichterfüllung!**

Aus den obigen Darlegungen ergibt sich, daß die illegale Konspiration gegen das NS-Regime keinen Massencharakter haben konnte; und zwar auch nicht in jenen von der Hitler-Wehrmacht besetzten Ländern, wo dieser Einsatz unter anderen Bedingungen geleistet wurde, weil die Nazis von vornherein als Eroberer eingeordnet waren und sich nicht als Befreier aufspielen hatten können. Und ungeachtet dessen, daß in den nicht deutschsprachigen Gebieten natürlich auch die Wirkung der Propaganda weniger wirksam war. Die Aktivisten der Resistance waren auch dort eine Minderheit, wenn sie auch einen stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung hatten.

Es ist daher auch verfehlt, aus dem mangelnden Massenwiderstand auf eine Kollaboration zu schließen, wie dies in letzter Zeit in den verschiedenen Zusammenhängen geschieht. Und wenn man in Betracht zieht, daß laut den Unterlagen... über 35.000 Österreicher als Widerstandskämpfer hingerichtet bzw. in Gefängnissen oder KZ ermordet wurden und rund 100.000 Österreicher aus politischen Gründen in Haft waren, so besagt dies angesichts der Verhältnisse wohl genug. Das Ausmaß der NS-Massenverbrechen gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern wird aus einer Zahl ersichtlich: Über 65.000 Österreicher wurden aus „rassischen Gründen“ ermordet.

Österreich und in der Errichtung der heutigen geläufigen Demokratie von 1945 an durch 20 Jahre hindurch bis zu seinem sehr frühen Tod am 9. Mai 1965 einer der profiliertesten ÖVP-Politiker und Staatsmänner der Nach-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 5

Am 20. November 1943 begann eine lange Reise dieser Häftlinge über Düsseldorf, Köln, Koblenz, Luxemburg, Saarbrücken, Straßburg, Nürnberg, München und Salzburg nach Wien, wo sie am 26. Dezember 1943 im Landesgerichtsgefängnis eintrafen. Es wurde ihnen ein Prozeß beim Volksgerichtshof gemacht.

Ein unglaubliches Glück rettete SERSCHEN vor dem Todesurteil. Dieses Glück bestand darin, daß ein Mitglied des Volksgerichtshof-Senates ein ehemaliger Vorgesetzter von SERSCHEN in der österreichischen Armee gewesen war. SERSCHEN erhielt sechs Jahre Straftat und wurde zum Vollzug in Straubing/Bayern inhaftiert. In den letzten Kriegstagen sollten die Häftlinge von Straubing zur Vergasung in das KZ Dachau transportiert werden. Doch auf dem Todesmarsch dorthin wurden sie von den amerikanischen Truppen befreit.

SERSCHEN kehrte im Mai 1945 aus der politischen Haft nach Linz an der Donau zurück. Am 1. Juli 1945 trat er in den Dienst der Oberösterreichischen Landwirtschaftskammer, zunächst als Fachreferent für Maschinenbau und Geräte, dann als Direktor der Technischen Schule in Linz-Webscheid, wo er bis zu seinem 68. Lebensjahr tätig war.

Er war tatkräftig am Wiederaufbau Österreichs beteiligt und selbstverständlich auch für die vom verlassenen Nazi-Regime Verfolgten und Geschädigten bemüht. Erst gehörte er dem am 13. Juli 1946 in Innsbruck gegründeten „Bund der politisch Verfolgten“ bis zu seiner Auflösung an. Als 1948 die parteimäßig gebundenen Richtungsorganisationen der Verfolgten und Widerstandskämpfer gegründet wurden, stellte sich Karl SERSCHEN sofort als Landesobmann der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ des Landesvereines Oberösterreich zur Verfügung. Seit einigen Jahren ist SERSCHEN auch zum Bundesobmann-Stellvertreter des Verbandes gewählt.

Auf Grund seiner politischen und österreichischen Haltung und Gesinnung und nach seinen Grundsätzen – aber auch auf Grund der erlittenen Demütigungen und schweren Verfolgungen – hätte es keinen Würdigeren als ihn gegeben, das „Befreiungs-Ehrenzeichen“ zu tragen; leider hat er dies abgelehnt. SERSCHEN ist auch in der „Pan-Europa-Union – Aktion Österreich“ aktiv tätig und steht an der Spitze dieser Aktion in Oberösterreich.

—JW—

Quellen: Lautradio durch Reg.-Rat PERNAUER am 25. Mai 1984 – DÖW-Akt Nr. 3043/8 betreffend Gastapo-Schreibbericht über „Österreichische Freiheitsbewegung“.

„Mahnwache“ am Stephansplatz

Eine „private Initiative österreichischer Bürger“ stellt seit dem Abend des 8. Juni 1987, dem Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, direkt unter dem „0 5“-Zeichen am Wiener Stephansplatz eine permanente „Mahnwache“ bis zum 8. Juli 1987. Ein Plakatstander enthielt den Text: „Mahnwache für den österreichischen Widerstand“ und Blumen lagen dabei. Als Repräsentanten dieser Bürgerinitiative traten auf: Grün-alternative Abgeordnete zum Nationalrat Freda MEISSNER-BLAU, Peter PILZ und Andreas WABL, die Künstler André HELLER und Peter WEIBEL, Journalist DDR, Günther NENNING, Schriftsteller Elfriede JELINEK, Barbara FRISCHMUTH, Marie-Therese KERSCHBAUM, Jutta SCHUTTING, Peter ROSEI und Peter TURRINI. Als Initiator dieser Mahnwache wurde der ORF-Club 2-Leiter Dr. Peter HUEMER bezeichnet. Ein Flugblatt, von Aktivisten dieser Initiative verteilt, enthielt als 2. Absatz folgenden Text: „Nun ist die österreichische Lebenslage geplatzt. Das schmachvolle Vergessen und Nie-etwas-gewußt-nie-etwas-bemerkte-haben des Einen beschämt uns alle. Darum wären wir erleichtert, wenn er ginge, aber das löst unser Problem nicht. Helfen wird

uns nur die ehrliche Einsicht, welch unendliches Leid die schuldhaft österreichische Beteiligung am Nationalsozialismus über unser eigenes Volk und andere Völker gebracht hat.“ Diese Worte dienen keineswegs einem ehrenvollen Opfergedenken, der Würdigung unseres Beitrages im Kampfe um die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs und diskriminieren außerdem unseren Bundespräsidenten. Daher distanzierte sich die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten ausdrücklich von dieser Aktion und erließ folgende **Presseausendung** vom 25. Juni 1987:

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten als Vertreterin all jener, die sich aus dem bürgerlichen oder christlichen Lager aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt haben oder die durch Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten Schaden erlitten haben, distanziert sich namens der von ihr Vertretenen von Veranstaltungen, die vor dem Zeichen „0 5“ am Stephansplatz, dem Zeichen des bürgerlichen Widerstandes, „Mahnwache“ halten und zur Teilnahme daran auffordern. Bei diesen Veranstaltungen handelt es sich um eine Randgruppe aus dem linken Lager.

Leserbrief

betreffend „Waldheim-Kampagne“ und Flugblatt der „Mahnwache für den österreichischen Widerstand“ vor 0 5-Innsbruck.

Das ekelhafte Treiben gegen unseren in freier Wahl mit eindeutiger Mehrheit gewählten Bundespräsidenten will und will nicht aufhören. Selbst Arglosen muß sich solcherart die Vermutung aufdrängen, da stünde eine Strategie mit gar weitreichenden Verbindungen dahinter.

Diesen ständigen Kampf gegen das österreichische Staatsoberhaupt halte ich, jedenfalls soweit ihn Landsleute initiieren und sich als Kombattanten immer noch daran beteiligen, schlicht und einfach für verbrecherisch; wird doch damit der in den Jahren der hilerdeutschen Okkupation, in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus und in der nicht enden wollenden Zeit der drückenden und beschämenden Besatzung durch unsere Befreier leidvoll gewonnene Grundkonsens unseres Volkes, unser österreichisches Selbstverständnis und vaterländisches Bewußtsein mutwillig und freihändig aufs Spiel gesetzt, ja Gräben und endlich vernarbte Wunden werden verantwortungslos wieder aufgerissen. Damit meine ich natürlich nicht, daß man Geschichtliches verleugnen und verfälschen, daß man das, was in

Schuld, aber auch in Verstrickung geschehen ist, verdrängen soll; keineswegs! Nur diese fürchterliche Vereinfachung, diese halberfüllte Selbstgerechtigkeit und die arroganten Schuldzuweisungen – alles dies eignete nämlich in hervorragender Weise auch dem Nationalsozialismus – halte ich für schlimm und gefährlich. Es scheint mir also hoch an der Zeit, mit bewußten Polemiken aufzuhören. Das gilt auch für den immer noch anklingenden oder direkt ausgesprochenen dümmlichen Wunsch, Waldheim möge zurücktreten, den ich als eine impertinente Herausforderung für jeden wahren Demokraten ansehe. Ich habe keinen der früheren Präsidenten gewählt, selbstverständlich aber jeden nach seiner Wahl respektiert und gebührend geehrt. Wenn eine solche Haltung nicht mehr gelten sollte, dann wären wir ja bald wieder so weit...! So würde sich unsere Demokratie ad absurdum führen!

Dies schreibe ich als einer, der von der ersten Stunde der nationalsozialistisch-deutschen Okkupation unseres Vaterlandes im Österreichischen Wi-

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

derstand wirkte und dafür auch in jahrelanger Not und Kerkerschaft einzustehen hatte; der aber letztlich auch noch als deutscher Soldat „seine Pflicht erfüllen“ mußte. Vielleicht habe ich aber gerade deshalb, wie schwer ich auch daran trug, ein ausgewogeneres Urteil als so mancher unserer meist noch gar nicht bewährten lautstarken „Antifaschisten“.

Jedenfalls nehme ich mir mit gutem Grund das Recht, dagegen zu protestieren, wenn man sich neuerdings das „Österreichischen Widerstandes“ bedient, um wiederum in bekannter Manier zu polemisieren – ich sage, zu hetzen. Man lese sich nur das von einer „Mahnwache“ vor dem 05-Zel-

chen am Wiener Stephansdom verteilte Flugblatt genau durch. Und dies in den Tagen, da sehr prominente Vertreter des Österreichischen Widerstandes in der Welt das gutzumachen haben, „was andere verderben“! Diese neueste „Mischei“ der nunmehr offen antidemokratischen, sich aber als „antifaschistisch“ gebärdenden posthumen Kämpen weise ich deshalb als österreichischer Patriot und Freiheitskämpfer, aber auch als freier Demokrat und loyaler Staatsbürger entristet und angewidert zurück. Sie ist genau so unehrlich und heuchlerisch, wie alles, was die gleichen Quellen des Hasses und Verleumdung bisher ausgespielt.

Dr. Herbert Crammer, Wien 1

ÖCV-Symposium

„Mit brennender Sorge – Christlich motivierter Widerstand gegen das NS-Regime“

Im Rahmen der 30. Cartellversammlung der katholisch-österreichischen Studentenverbindungen in Wien vom 27. bis 31. Mai 1987 wurde dieses Symposium veranstaltet. Anlaß hierfür bot der 50. Jahrestag der Promulgation der Enzyklika Papst Pius XI. „Mit brennender Sorge“, die in klarer Form

gegen den aufziehenden Totalitarismus Stellung genommen hatte. Die Referate hielten Dr. Wilfried DAHM, Univ.-Prof. Dr. Maximilian LIEBMANN, Univ.-Prof. Dr. Richard PLASCHKA und Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN. Diese Referate zu diesem Thema wurden als Dossiers in der ÖCV-Zeitschrift

„Academia“ abgedruckt. Mit Genehmigung des Autors und der Academia-Redaktion wird das besonders interessante Referat von Univ.-Prof. Dr. LIEBMANN, Ordinarius für Kirchengeschichte an der Universität Graz, nach der Fassung des Dossiers in der „Academia“ vom Juni 1987 hier wiedergegeben:

Mit brennender Sorge

Am 4. April 1937 las man im österreichischen Wochenblatt „Der Christliche Ständestaat“, einer Zeitschrift, die der österreichische Bundeskanzler Dr. Engelbert DOLLFUSS sehr wesentlich mitbegründet hatte, unter der Überschrift „Roma locuta“: „Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ ist die autoritative Darlegung über das Wesen und die Gefahren der von Deutschland ausgehenden Häresie; sie ist ebenso Mahnung und Warnung, wie sie Verdamnung und Klärung ist.“

Der Autor blieb anonym, küßte aber seinen Schleier der Anonymität alles eher als unbedeutend, indem er sich „von kirchlicher Seite“ titulierte und qualifizierte. „Der katholischen Welt ist denn doch zum großen Teil seit langem sichtbar geworden“, fährt der Autor von kirchlicher Seite fort, „wie so ganz und gar nicht sich diese angeblich „deutsche“ Weltanschauung mit

Fortsetzung auf Seite 8

BEITRÄGE DER VORARLBERGER ARBEITERKAMMER ZUR ÖSTERREICHKUNDE

- Wanner Gerhard, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg, ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Feldkirch 1976
- Wanner Gerhard, Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken im 19. Jahrhundert, Feldkirch 1969
- Scheuch Manfred, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, Neuauflage, Feldkirch 1979
- Wanner Gerhard, 1946–1985, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg, ein Beitrag zur Vorarlberger Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Feldkirch 1986

Die Arbeiten sind erhältlich bei:

Kammer für Arbeiter und Angestellte
für Vorarlberg
Widnau 4, 6800 Vorarlberg



Fortsetzung von Seite 7

den Lehren Christi und seiner Kirche vereinen läßt. Nur einige wenige Verbändete haben die Hoffnung, „Brücken bauen“ zu können, auch heute noch nicht fahren lassen. Sofern diese „Brückenbauer“ noch treue Söhne der Kirche heißen wollen, müssen sie ihre ohnedies zum Scheitern verurteilten Bemühungen einstellen. Dem katholischen Christen bleibt, wenn er vor dem Grauen dieser Zeit – wie er soll – schaudert, anders zu tun, als Kompromisse zu suchen und dem Antichrist „entgegenzukommen“.

Diese glasklare Analyse „von kirchlicher Seite“, in dieser, von österreichischen bislang selektierenden Zeithistorikern ungebührlich vernachlässigten, österreichischen Zeitschrift „Der Christliche Ständestaat“, endet mit dem Resümee:

„Einer ist, in dessen Namen jedes Knie sich beugt, auf Erden, in der Höhe und im Himmel. Seinen Namen trägt der Christ. Er sei dieses unausdenklichen Namens voll auf inne. Nur so kann der Welt wieder Friede werden und Ruhe und Heil und Gedeihen. Das ist der positive Gehalt der Worte, die der Heilige Vater „mit brennender Sorge“ an seine Herde richtet. Beides, Vorurteilung wie Ermahnung, sei uns Wegweiser, Vorschrift, Richtschnur. Roma locuta – causa finita.“

Nach entsprechenden Vorgesprächen von fünf nach Rom berufenen Bischöfen bzw. Kardinälen mit dem Kardinalstaatssekretär Eugenio PACELLI und mit Papst Pius XI. selbst am Krankenlager erhielt Michael Kardinal FAULHABER, Erzbischof von München-Freising, am 18. Jänner 1937 von PACELLI den höchst vertraulichen Auftrag, einen Entwurf für ein päpstliches Rundschreiben auszuarbeiten. Kardinal FAULHABER, der in Rom inkognito angekommen war und unter den Fittchen des betort national gesinnten Bischofs Alois HUDAL in der „Anima“ wohnte, entledigte sich seiner gleich brisanten wie vertraulichen Aufgabe geheim durch Arbeiten während der drei darauffolgenden Nächte. Um niemanden einzuweihen oder sich zu verraten, verfaßte er seinen Entwurf auch handschriftlich. Der Entwurf war aus einem Guß in einer wuchtigen Sprache abgefaßt und verliet den Kenner der Materie schlechthin. Treffsicher hatte der spätere Papst, Kardinalstaatssekretär PACELLI, den richtigen Mann erwählt. In drei weiteren Redaktionen reifte im Rahmen des Staatssekretariates der Entwurf FAULHABERS zum päpstlichen Lehrschreiben.

Nachdem Papst Pius XI. noch höchstpersönlich Änderungen vorgenommen hatte, unterschrieb er die Enzyklika am 10. März und datierte sie mit 14. März

1937. Kardinal PACELLI ließ die Enzyklika sogleich in nötiger Auflage für die deutschen Ordinarie in der vatikanischen Druckerei herstellen. Ein Kurier überbrachte sie der Berliner Nuntiatur mit der schriftlichen Anweisung an den Nuntius und jeden Diözesanbischof: „... den Text des Sendeschreibens – allen etwaigen Schwierigkeiten zum Trotz – in wirksamer Weise möglichst gleichzeitig zur Kenntnis der Gläubigen bringen zu lassen.“ Der Kardinalstaatssekretär war derart um eine Geheimhaltung bemüht, um diesen Schlag gegen den Nationalsozialismus führen zu können, daß er nicht einmal die in Rom anwesenden Kardinäle über Art und Inhalt der Enzyklika informierte.

Lediglich eine Ausnahme machte PACELLI und die betraf unser Land Österreich, das mit seinem Experiment „Christlicher Ständestaat“ genannt, einen verzweifelten Abwehrkampf gegen die nationalsozialistische Bedrohung führte. Am 13. März 1937, also drei Tage nach der Unterzeichnung der Enzyklika, zog PACELLI den österreichischen Gesandten beim HI. Stuhl, Rudolf KOHLRUSS, unter Abgabe eines formellen Versprechens „in der Art des Gelöbnisses des Heiligen Offiziums“ ins Vertrauen. KOHLRUSS wurde verpflichtet, niemanden außer dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kurt SCHUSCHNIGG und seinen Staatssekretär des Äußeren, Guido SCHMIDT, von den Mitteilungen in Kenntnis zu setzen. PACELLI ließ KOHLRUSS wissen, daß sich der Papst wegen der „schon ins Unabträgliche gesteigerten Verfolgung“ entschlossen habe, eine Enzyklika herauszugeben. Sie sei zwar scharf und eindeutig gegen den Nationalsozialismus textiert, verwende aber weder den Terminus Nationalsozialismus noch werde die NS-Regierung direkt und namentlich angegriffen. Der HI. Stuhl denke auch nicht an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. KOHLRUSS schloß seinen Bericht an Guido SCHMIDT mit dem nachdrücklichen Hinweis: „Eine Indiskreion würde eine Katastrophe bedeuten, weil sie – sofern man in Deutschland auch nur Witterung bekäme – mit der Konfiszierung der Sendung die unbedingte Vereitelung des ganzen Vorhabens und verschärfte Verfolgungen zur Folge hätte. Ich bitte daher ergebenst um Vernichtung dieser Meldung nach Kenntnisnahme.“ Wenngleich die österreichischen Stellen dieser dringlichen und überaus verständlichen Bitte nicht entsprachen, gelang es in Hitler-Deutschland, sowohl alle katholischen Pfarrämter bis Samstag, den 20. März 1937, mit Abzügen dieses einmaligen päpstlichen

Rundschreibens zu versorgen als auch sie bis zum Vorabend des denkwürdigen Palmsonntags vor der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) zu verbergen. In Österreich war die Promulgation sowohl problem- wie risikolos, was nicht heißt, daß sie überall begeistert durchgeführt und aufgenommen wurde. Hier bei uns in Österreich fühlte man sich von dieser Enzyklika kaum berührt und betroffen. Denn hier hatte nicht das NS-Regime das Sagen, sondern Bundeskanzler Kurt SCHUSCHNIGG, der im Geiste des „Christlichen Ständestaates“ seinen antinationalsozialistischen Kurs steuerte. Vom entschiedensten Kämpfer gegen den Nationalsozialismus unter Österreichs Bischöfen, Johannes Maria GFÖLLNER von Linz, wissen wir, daß er seine Diözesan persönlich von dieser Enzyklika in Kenntnis setzte.

Das eingangs schon erwähnte Wochenheft „Der Christliche Ständestaat“, um das sich konservative Kräfte gruppierten, definierte seinen Standpunkt so: „Eine Besinnung auf ursprünglich wertvolle Intentionen des Nationalsozialismus ist nicht möglich, weil die ganze Ideologie des Nationalsozialismus vom Urfang an eine Ausgeburt niedrigster, gefährlicher Instinkte, geistiger Beschränktheit und Halbbildung und kultureller Klischees war... Was Deutschland, was Europa braucht, ist nicht eine Reform des Nationalsozialismus, sondern eine völlige Liquidierung desselben.“ Diese Zeitschrift veröffentlichte auf drei Seiten Kleindruck alle wichtigen Passagen von „Mit brennender Sorge“, die antikomunistische Enzyklika „Divini redemptoris“ wurde hingegen auf eine halbe Seite Kleindruck zusammengefaßt.

In Deutschland, wo die Enzyklika in allen Kirchen gleichzeitig verlesen wurde, schlug sie „wie eine Bombe“ ein, wußte ein französischer Augenzeuge zu berichten. „Das Volk lauschte“, heißt es im Bericht weiter, „mit größter Ergriffenheit. Die Sonderdrucke wurden den Verteilern aus der Hand gerissen, weil alle ein Exemplar mit heimbringen wollten.“

Das päpstliche, offizielle Promulgationsorgan „Acta Apostolicae Sedis“ hatte die Enzyklika in zehn thematische Kapitel gegliedert: Einleitung und Schluß umrahmten sie gewissermaßen. Wenngleich sie eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus darstellt, ist sie keineswegs nur an den deutschen, sondern sehr wohl auch an den Weltepiskopat adressiert.

Der historisch-juridische Vorspann ist der Problematik um das Reichskonkordat gewidmet. Er führt dramatische

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Klage und Anklage über die vielen und permanenten Konkordatsverletzungen. Die dogmatischen Aussagen steigern sich bisweilen zu formellen Wendungen, die zu anathematisierenden Lehrräuherungen werden, und münden in die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Irrtümern der nationalsozialistischen Weltanschauung. In den letzten drei Kapiteln wendet sich Papst Pius XI. an die Jugend, an alle Priester und Ordensleute sowie an die Getreuen unter den Laien.

Der nazistischen arischen Mythologie, wie sie vor allem der Chefileologe Alfred ROSENBERG propagierte, trat das Rundschreiben entgegen: „Wer in pantheistischer Verschommenheit Gott mit dem Weltall gleichsetzt, Gott in der Welt verweltlicht und die Welt in Gott vergötlicht, gehört nicht zu Gottgläubigen. Wer nach angeblich abgammisch-vorchristlicher Vorstellung das düstere und unpersönliche Schicksal an die Stelle der persönlichen Gottes rückt, leugnet Gottes Weisheit und Vorsehung.“

Breiten Raum nahm die Auseinandersetzung mit dem Kernstück nazistischer Weltanschauung, d. h. der Rassenlehre, ein, die zu jener furchtbaren Barbarei führen sollte, die heute so unfassbar erscheint. Der Papst nahm sich kein Blatt vor den Mund: „Wer die Rasse, oder das Volk, oder den Staat, oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung – die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehrengebotenen Platz behaupten – aus dieser ihrer irdischen Werteskala herausklot, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene Ordnung der Dinge.“

Den Personenkult um den Potentaten HITLER, der schon zur Vergottung ausartete, scheute sich die Enzyklika nicht, entsprechend zu qualifizieren: „Wer in sakrilegischer Verkennung zwischen Gott und Geschöpf, zwischen dem Gottmenschen und den Menschenkindern klaffenden Wesensunterschiede irgendeinen Soteriolen, und wäre es der größte aller Zeiten, neben Christus zu stellen wagt, oder gar über ihn oder gegen ihn, der muß sich sagen lassen, daß er ein Wahnsprophet ist.“

Die Praktiken des NS-Regimes, die bereits bis zur Verfolgung pflichtbewußter Priester reichten, wurden vor aller Welt mit direkter Verwendung des Terminus „Konzentrationslager“ angeprangert: „Mit verhüllten und sichtbaren Zwangsmaßnahmen, Einschüch-

terungen, Inaussichtstellung wirtschaftlicher, beruflicher... Und sonstiger Nachteile wird die Glaubens-treue der Katholiken und insbesondere gewisser Klassen katholischer Beamter unter einen Druck gesetzt, der ebenso rechtswidrig wie menschlich unwürdig ist... Druckpresse und Radio überschütten euch Tag für Tag mit Erzeugnissen glaubens- und kirchenfeindlichen Inhalts und greifen rücksichtslos und ehrfurchtslos an, was euch hehr und heilig sein muß... All denen, die ihren Bischöfen die bei der Weihe versprochene Treue halten, all denen, die wegen Ausübung ihrer Hirtenpflicht Leid und Verfolgung tragen müßten und müssen, folgt – für manche bis in die Kerkerzelle und in das Konzentrationslager hinein – der Dank und die Anerkennung des Vaters der Christenheit.“

Das Widerstandsrecht gegen Gesetze, die gegen das Naturrecht verstoßen, stellte der Hl. Stuhl unmißverständlich in den Raum: „Die Auslieferung der Sittenlehre an subjektive, mit Zeitströmungen wechselnde Menschenmeinungen, statt ihrer Verankerung im heiligen Willen des ewigen Gottes, in Seinen Geboten, öffnet zersetzenden Kräften Tür und Tor... An den Geboten dieses Naturrechts kann jedes positive Recht, von welchen Gesetzgeber es auch kommen mag, auf seinen sittlichen Gehalt, damit auf seine sittliche Befehlsmacht und Gewissensverpflichtung nachgeprüft werden... Mit diesem Maßstab muß auch der Grundsatz „Recht ist, was dem Volke nützt“ gemessen werden.“

Der Kenner der Kirchengeschichte, Papst Pius XI., ließ aus tiefem Glauben und Gottvertrauen sein Rundschreiben positiv und optimistisch ausklingen: „Dann wird der Tag kommen, wo anstelle verführerischer Siegeslieder der Christusfeste... Das Te Deum der Befehlung zum Himmel steigen darf... Ein Te Deum der Freude darüber, daß das deutsche Volk... Sich ansieht, im Kampf gegen Vermeiner und Vernichter des christlichen Abendlandes... Den Beruf zu erfüllen, den die Pläne des Ewigen ihm zuweisen.“

Die Enzyklika vermochte weder die Judenpogrome in der sogenannten Reichskristallnacht, noch Auschwitz, weder den Weltkrieg noch die Christenverfolgung jener Ära zu verhindern. Sie hinderte das westliche Ausland nicht, im selben Jahr erstmals vom Nürnberger Parteitag diplomati-

sche Vertreter zu entsenden. Selbst die massive Anprangerung konkordatarer Vertragsbrüche hat die ausländischen Mächte nicht davon abgehalten, Verträge mit HITLER zu schließen. Der Schock, den HITLER und sein Regime mit dieser öffentlichen päpstlichen Zurechtweisung erlebte, führte nicht zur Einstellung des Kulturkampfes, im Gegenteil, die Sittlichkeitsprozesse gegen Priester und Ordensleute, die nun anrollten und den Klerus dem Kirchenvolk entfremden sollten, heizten ihn vermehrt an. Viele kirchennahe Druckereien wurden geschlossen, und die Kirche Deutschlands wurde tiefer in die Katastrophen getrieben.

Die Austritte aus der katholischen Kirche schnitten von 46.000 im Jahre 1936 auf 108.000 im Enzyklika-Jahr 1937. Diese Höchstquote wurde in keinem folgenden Jahr auch nur annähernd erreicht. Der allzu früh verstorbene profunde Kenner dieser ganzen Materie, P. Ludwig VOLK, S.J., resümierte; und dieses Resümee zu verschweigen, läßt die Redlichkeit historischer Forschens und Reflektierens nicht zu:

„Wichtiger als die Argumente für und wider ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß das Nachleben auf die Enzyklika im Gefolge des Episkopales Risses verursacht hatte, die Einheit gefährdeten und nicht mehr zu kitten waren.“ Liegt in dieser Bilanz eine wesentliche Ursache für den gegen Papst Pius XII. Immer wieder vorgebrachten Vorwurf des Schweigens? Was der Klerus und die der Kirche treu gebliebenen Laien empfanden, dürfte der Domkatholik aus Breslau, CUNO, am besten wiedergegeben haben, nämlich, daß die Enzyklika „etwas Befriedigendes habe, da endlich durch Rom eine klare Entscheidung gefallen sei“. Heute kann über diese Enzyklika, dieses Ruhmesblatt des Hl. Stuhles, dem niemand etwas Vergleichbares zur Seite zu stellen vermochte, nicht treffender geurteilt werden, als es Ludwig VOLK getan hat: „Das Rundschreiben hatte... Widerstandsmoral und Durchhaltewillen nicht nur äußerlich und vorübergehend repariert, sondern auf ein tieferes und festes Fundament gestellt.“ Daß diese Enzyklika in Österreich nicht jene Beachtung erfuhr und nicht in die Tiefe des allgemeinen Bewußtseins drang, wie sie es gerade bei uns verdient hätte, sollte sich ein Jahr später, im März 1938, zeigen und bitter rächen.

Nazistische Drohbriefe – Einschüchterungsversuche und Bombendrohungen

Der Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten nimmt aus gegebenem Anlaß zu nazi-

stischen Drohbriefen Stellung wie folgt:

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

„Dem von der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände mit der Wahrnehmung und Vertretung in allen Rechtsfragen der Verfolgung von Kriegsverbrechern, Neonazis und sonstigen Personen, die gegen das Verbotsgesetz oder die Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages 1955, verstößen haben und verstößen und allen in diesem Zusammenhang notwendigen Schritten in der Öffentlichkeit, einschließlich Anzeigen gegen diese Personen, Behörden die ihrer Rechtsverfolgungspflicht nicht nachkommen, Presseklagen sowie Beschwerden bei der Rundfunkkommission oder beim Presserat, betrauten Rechtsanwalt Dr. Georg ZANGER bzw. dessen Mitarbeiter sind anonym zwei Schreiben zugegangen. Der an die „Angestellten der Rechtsanwaltskanzlei Zanger“ gerichtete Brief lautet:

„Liebe Volksgenossen! Kunden Sie bis 31. 8. 1987 den Dienst beim Juden Zanger. Nach diesem Datum können wir keinerlei Rücksicht auf Ihr Leben und Ihre Gesundheit nehmen. Kampfgemeinschaft SCHWARZ-WEISS-ROT.“

Das zweite, an den Juden Georg Isidor Zanger“ gerichtete Schreiben enthält eine Fotokopie aus einem Werk, und zwar ein Vorwort zu „Regeln im Umgang mit Chemikalien“ worin „Abhandlungen über die Herstellung von Brandsätzen und Explosivstoffen“ aufscheinen. Dieses Schreiben ist offensichtlich als eine „Bombendrohung“ in Einschüchterungsabsicht ergangen. Darauf habe ich namens unserer Organisation mit beiliegendem Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände reagiert.

Es ist alles daranzusetzen, derartigen verbrecherischen Maßnahmen von Anfang an zu wehren und die derzeit noch anonymen Täter mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln zu verfolgen und zu bestrafen.“

Wien, am 1. 7. 1987

An die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände
Lassallestraße 40
1020 Wien,

Werte Kameraden!

Mit Empörung haben wir erfahren, welche Drohungen gegen den Rechtsanwalt der Arbeitsgemeinschaft Dr. Georg Zanger und seine Mitarbeiter erhoben worden sind. Frisch erhebt die Hydra der Ewiggestrigen wieder ihr Haupt, natürlich anonym, wie es „tapferen Freideutschen“ geziemt.

Wir beklagen bereits von Dr. Zanger getroffenen Maßnahmen und rufen weiter nach an, auch die bezüglichen Staatspolizei, Staatsanwaltschaft und Presse zu verständigen.

Ein entsprechender Artikel wird auch in der nächsten Ausgabe unseres Organs „Der Freiheitskämpfer“ erscheinen. Mit kameradschaftlichen Grüßen

(Dr. Jurasek)

Notizen

Beratung im Opferrecht

Unser Bundesobmann, Vizepräsident des VwGH, i. R. Mag. Dr. Hubert JURASEK, steht für Auskunft und Beratung in Angelegenheiten des Opferrechtes und auch für das Sozialversicherungsrecht, langjährig im Verwaltungsgerichtshof damit befaßt gewesen, nach Voranmeldung im Sekretariat der Bundesleitung in Wien 8, Laudongasse 16, zur Verfügung. Es empfiehlt sich eine Terminvereinbarung entweder fernmündlich über die Telefonnummer 43 11 44 oder eine schriftliche Anmeldung, eventuell mit Darstellung des Sachverhaltes und Fragestellung.

Zeitzeugen der Ereignisse 1938

Im Gedenkjahr 1988 ist die Herausgabe einer Sondernummer unseres Organes „Der Freiheitskämpfer“ vorgesehen. Hiefür mögen Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes und auch weitere Leser und Gesinnungsfreunde Beiträge liefern. Erwünscht sind Lebensläufe oder Kurzbiographien, mit besonderer Darstellung der Erlebnisse im Schicksalsjahr 1938, der Art der Verfolgung und die Beteiligung im Untergrund und NS-Widerstand. Diese Beiträge mögen aber in Maschinschrift auf einseitig beschriebenen Blättern verfaßt werden, um leserlich und auch redaktionell leichter verarbeitbar zu sein. Die Vorarbeiten für diese Sondernummer beginnen bereits im Frühjahr 1987 und die Beiträge mögen baldigst an unsere Bundesleitung für die Redaktion eingesendet werden.

NEWAG-Bedienstete als NS-Opfer

Für eine Abhandlung sucht unsere Redaktion, Dr. WINDISCH, ehemalige Bedienstete der NEWAG (Niederösterreichische E-Werke Aktiengesellschaft), die vom NS-Regime in den Jahren 1938 bis 1945 gemißbraucht oder verfolgt worden sind und 1945 wieder eingestellt worden sind. Es wird um diesbezügliche Informationen an den Landesverband Niederösterreich der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten oder an die Redaktion direkt ersucht.

Österreichischer Presserat: Appell gegen Antisemitismus

In letzter Zeit mußte sich der Österreichische Presserat mehrmals mit Beschwerden über antisemitische Tendenzen in Artikeln mancher Printmedien befassen. In seiner Sitzung vom 23. April 1987 hat der Österreichische Presserat daher folgende Grundsatzerklärung abgegeben:

Trotz der Tatsache, daß die Verantwortlichen für die österreichischen Medien im allgemeinen die Herabsetzung von Personen und Personengruppen aus rassistischen, religiösen oder nationalen Beweggründen vermeiden, muß in jüngster Zeit eine Häufung von Einzelfällen verzeichnet werden, die zumindest hart an der Grenze dieser selbst auferlegten und selbstverständlichen Verpflichtung liegen.

Der Österreichische Presserat ruft deshalb Punkt 4 der „Grundsätze für die publizistische Arbeit“ in Erinnerung, der „jede Diskriminierung aus rassistischen, nationalen oder sonstigen Beweggründen für unzulässig“ erklärt. Der Presserat appelliert an alle publizistisch Tätigen, diese Grundsätze nicht nur formal, sondern auch ihrem Geiste nach besonders sorgfältig einzuhalten.

Anmerkung der Redaktion: Die Redaktionsmitglieder halten sich schon immer an diese Grundsätze. Leserbriefe jedoch, die nicht völlig damit übereinstimmen, werden nicht veröffentlicht.

—J.W.—

Landesverband Vorarlberg

Am 28. Mai 1987 fand in Rankweil die Generalversammlung des Landesverbandes Vorarlberg statt. Es wurde folgender Landesvorstand gewählt:

Obmann: Dr. Josef KECKEIS, Frastanz, Obmann-Stellvertreter: Anna GESER, geb. HÄMMERLE, Lustenau, Schriftführer und Kassier: Anna-Marie POLLAK, Feldkirch, Beiräte: Guido PATERNO, Lustenau, Dr. Otto BURTSCHER, Feldkirch, Rechnungsprüfer: Hans SCHWEIGERBAUER, Dornbirn, Hilde WINKLER, Dornbirn.

Landesverband Tirol Heinz MAYER - 70 Jahre

Unser Kamerad Heinz MAYER, Präsident des „Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol“ und in der „Arbeitsgemeinschaft vaterlandstreuer Verbände Tirols“, feierte am 12. Juni 1987 seinen 70. Geburtstag und wurde vielfach geehrt. In vielen

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Organisationen ist Kamerad Heinz MAYER seit Jahrzehnten tätig und als rühriger Vertreter der Interessen der NS-Opfer sehr geschätzt.

Bereits als Mittelschüler und danach bis zur Annexion Österreichs im März 1938 war Heinz MAYER aktiv gegen den Nationalsozialismus tätig. Er schloß sich spontan der ersten Tiroler Widerstandsgruppe „Freies Österreich“ an, die die NS-Okkupanten bekämpfte. Durch Verrat wurden diese Widerstandskämpfer der Gestapo bekannt und verhaftet.

Kamerad MAYER war von Oktober 1938 bis April 1939 erstmals in Haft. Auf freiem Fuß betätigte er sich weiterhin politisch gegen die NS-Machthaber und wurde neuerlich verhaftet. Vom Gestapopolager Innsbruck-Reichenau wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, wo er bis zur Selbstbefreiung der Häftlinge blieb und als 100%-Invalide heimkehrte. Für die selbstlose Tätigkeit des Kameraden Heinz MAYER für die Interessen der NS-Opfer gebührt ihm der aufrichtige Dank. Er möge noch viele Jahre für uns tätig bleiben!

HITLER – Imster Ehrenbürger

Ein Gemeinderat von Imst hatte entdeckt, daß Adolf HITLER noch immer Ehrenbürger der Gemeinde Imst war. Die Tiroler NS-Opfer empfanden es als einen Skandal und als eine Schande für ganz Österreich, daß der Herr Bürgermeister den Auftrag des Herrn Gemeinderates Mag. SCHATZ auf Annullierung der Ehrenbürgerschaft Hitlers, der nicht nur Österreich für immer von der Landkarte löschen wollte, der nicht nur die Ermordung von Millionen Menschen, für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und für unzählige Verbrechen verantwortlich gewesen ist, damit beantwortete, daß er eine Rückfrage angeordnet hat, wie in anderen Gemeinden diese Frage geistert wurde, anstatt wie es für einen verantwortungsbewußten Bürgermeister selbstverständlich sein sollte, diese Ehrenbürgerschaft aufzuheben. Der Forderung auf Annullierung dieser Ehrenbürgerschaft für einen der größten Verbrecher der Geschichte wurde entsprochen.

Landesverband Niederösterreich

Istrienreise vom 11. bis 16. Mai 1987

34 Teilnehmer trafen sich zur diesjährigen Frühjahrsreise des Landesverbandes unter der Leitung des wieder genessenen Landesobmannes, Winkl-

65. Geburtstag:

Chefredakteur des „Freiheitskämpfers“ jubilierte!

Unser Kamerad, Mag. Dr. Josef Windisch, beging am 12. August dieses Jahres seinen „Fünfundsechzigsten“. Ein Anlaß zum Feiern, nicht nur für ihn und seine Familie, sondern für alle, die ihn als Menschen, Kameraden und Freund ins Herz geschlossen haben. Grundlage dieser Wertschätzung ist sein Lebensweg, den wir an dieser

Stelle bereits ausführlich dargestellt haben („Freiheitskämpfer“ Nr. 3/1982). Als führender Widerstandskämpfer der ersten Stunde, gläubiger Katholik und Opfer der Gestapo hat Kamerad Dr. Windisch für Österreich seinen Mann gestanden, genau wie später als hoher Staatsbeamter, ÖVP-Funktionär, Cartellbruder, Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes und schließlich als eine der markantesten führenden Persönlichkeiten unserer ÖVP-Kamradenschaft.

Sein selbstloser Einsatz für hohe Ideale, seine kompromißlose Offenheit, stete Hilfsbereitschaft und seine dynamische Funktionseinstellung machten ihn populär und fanden auch durch die Verleihung einer Reihe hoher Auszeichnungen offizielle Anerkennung. Von ganz besonderem Wert aber ist für uns sein Wirken als Chefredakteur unseres Verbandsorgans. Welcher Arbeitsaufwand damit verbunden ist,

mag man daran ersehen, daß allein für die Kulturredaktion einer Tageszeitung, die eine einzige Seite produziert, sechs bis zehn ganztägige Mitarbeiter erforderlich sind. Dr. Windisch leistet diese Arbeit – abgesehen von der Redaktion der Beiträge aus den Reihen der Kameraden – seit nunmehr fast einem Jahrzehnt allein ... Ein kleines

Jubiläum, das mit seinem runden Geburtstag zusammenfällt!

Unter der Chefredaktion vom Kameraden Dr. Windisch hat der „Freiheitskämpfer“ sein hohes politisches und moralisches Niveau stets gehalten. Seine Leitartikel sind aktuell und treffen ins Schwarze. Jede Ausgabe unseres Verbandsorgans dokumentiert ein Stück Zeitgeschichte, informiert laufend über das

Verbandsleben aller Landesorganisationen und bringt immer wieder wertvolle Hinweise über Bestimmungen und Veränderungen im Opferfürsorgegesetz.

Wir verbinden daher die Gratulation zum „Fünfundsechzigsten“ unseres „Windisch-Peppers“ mit einem herzlichen Dank für seine Mühen als Chefredakteur des „Freiheitskämpfers“ und wünschen ihm noch viele glückliche gesunde Jahre des gemeinsamen kameradschaftlichen Zusammenstehens in unserer Mitte – im Dienste unseres geliebten Österreich!

—cr—



Hofrat i. R. Dr. Alois Kemner. Das Reiseziel war Istrien mit dem Standort in Portorosa. Die Autobusfahrt ging über den Semmering, St. Veit/Glan und die Autobahn bis Triest.

Nach einem Besuch mit Führung durch das Schloß Miramare, besichtigten die Teilnehmer die Karstgrotte „Grotta gigante“ in der Nähe von Triest. Der Abstieg in diese stellte an den Besucher große Anforderungen, zumal 520 Stufen hinunter und wieder hinauf bewältigt werden mußten.

Die Istrien-Rundreise erfolgte über Novigrad – Porec – Pula – Plomin – Pazin zurück nach Portorosa. Besonders beeindruckend war der Besuch der Basilika in Vodican. An Stelle des wegen Schlechtwetters ausgefallenen Besuchs der Pilivier Seen erfolgte eine

Fahrt zu dem in der Monarchie berühmten Badeort Abbazia, heute Opatica. Die Reise über den Učka-Paß (durch den 5 km langen Tunnel) mit dem folgenden Ausblick auf den kilometerlangen Badestrand erregte sich besonderer Zustimmung.

Der bodenständige Führer „Andrej“ vermittelte ausgezeichnete Führungen durch Triest, Porec und Kopar. Der Reise-Senior, Hofrat Kläfer, gab, wie immer, interessante ergänzende geographische und historische Erklärungen während der Reise, wofür herzlich gedankt sei. Alle Teilnehmer waren mit der Organisation, dem Reiseprogramm und der Unterbringung zufrieden und freuen sich auf die nächste gemeinsame Kameradschaftsfahrt.

Dr. Ferdinand KRAUSE

Landesverband Burgenland Gedächtnisfahrt 1987

Der Landesverband der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten unternahm am 12. und 13. Mai 1987 seine diesjährige Gedächtnisfahrt mit 43 Mitgliedern und Angehörigen.

Die Fahrt ging über Wiener Neustadt, Mönchkirchen, Hartberg, Güz und Pack nach Klagenfurt, dann über Gurk, Friesach, Zeltweg, Bruck und Semmering zurück; wir kamen durch vier Bundesländer. Unterwegs gab Kamerad Dr. Rudolf Kroyer fundierte Erläuterungen zur Geographie und Geschichte der durchreisten Gebiete.

Nach einer Frühstückspause auf der Laßnitzhöhe kamen wir über die Pack nach Kärnten. Vor Klagenfurt gedachten wir jener KZ-Häftlinge aus Mauthausen, die beim Tunnelbau durch den Loibpaß ums Leben gekommen sind. In Klagenfurt wurden wir vom stellvertretenden Obmann des Kärntner Verbandes, Regierungsrat Ing. Josef Jafarz, empfangen; dieser hatte das Programm ausgezeichnet vorbereitet.

Nach dem Mittagessen hatten wir eine sehr instruktive Führung durch die Altstadt. Es folgte die Besichtigung der Welt im Kleinen „Minimundus“. Höhepunkt des Tages war dann eine schlichte Feier beim Denkmal für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938–1945 auf dem Annabichler Friedhof. Beim Abendessen im Hotel Dermuth wurde die burgenländische Reisegruppe vom Kärntner Obmann Primarius Dr. Lexner, dessen Vater im KZ Buchenwald umgebracht wurde und der selbst in der NS-Zeit Haftstrafen erdulden mußte, begrüßt. Am zweiten Tag gedachten wir nach Vorbeifahrt am Herzogsstuhl und an Hochosterwitz in St. Veit jener Opfer des Faschismus, für die im Friedhof ein Denkmal errichtet wurde. Es folgte die Führung durch den ehrwürdigen Dom von Gurk, die alle tief beeindruckte. Nächste Station war eine Führung im geschichtsträchtigen Friesach.

Dann fuhren wir über den Neumarkter Sattel ins Murtal, vorbei an Judenburg und am Zeltweg Flugplatz. Nach dem Mittagessen ging es entlang des Österreichingess, dann über Leoben,

Bruck und Semmering heimwärts. Die zwei eindrucksvollen Tage blieben uns sicher noch lange im Gedächtnis!



In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“:

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des „FREIHEITSKÄMPFERS“ gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien:

65 Jahre OR Mag. Dr. Windisch Josef (12. 8.)

70 Jahre Thanner M. Zita (4. 8.)

80 Jahre Ing. Dr. Reicher Walter (30. 7.)

85 Jahre Nagy Gerda (24. 7.)

85 Jahre w. HR i. R. Dr. Raday Christian (1. 9.)

Landesverband Burgenland:

65 Jahre Szalay Rosalia (2. 8.)

85 Jahre VS-Dir. i. R. Holzgethan Alfons (10. 10.)

Landesverband Salzburg:

80 Jahre Dir. i. R. Ing. Pollak Robert (30. 9.)

80 Jahre Ob.-Insp. i. R. Theissl Patriz (29. 12.)

Landesverband Niederösterreich:

65 Jahre Weringer Antonia (18. 8.)

70 Jahre Füller Josef (8. 8.)

70 Jahre VS-Direktor i. R. Rack Marianne (11. 9.)

UNSERE TOTEN

Landesverband Burgenland

Der Postbeamte i. R. Rudolf FRANCHIS ist im April 1987 kurz nach Vollendung seines 77. Lebensjahres in Bernstein gestorben. Er war in der NS-Zeit politischer Verfolgung ausgesetzt und erhielt den Opferschein. Er war auch Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Landesverband Niederösterreich

Am 23. Mai 1987 starb Kamerad Franz HOLAS im 84. Lebensjahr. Der Verstorbene wurde als österreichischer Patriot vom NS-Regime schwer verfolgt und war viele Jahre lang in KZ-Haft.

Landesverband Wien

Am 20. Juni 1987 verstarb völlig unerwartet Dikm. Hans BRUNNER im 76. Lebensjahr. Als Mitglied des Studentenfreikorps des Österreichischen Heimatschutzes wurde er nach der NS-Machtübernahme aus dem Dienst entlassen und schwer verfolgt. In der Lagergemeinschaft Buchenwald fungierte er als Kassier, im Landesverband Wien gehörte er jahrelang dem Vorstand an und im Landesverband Niederösterreich war er zuletzt Obmann-Stellvertreter. Seine Beisetzung fand am 1. Juli 1987 auf dem Inzersdorfer Friedhof statt, und viele Kameraden gaben ihm das letzte Geleit. Den Nachruf hielt Kamerad Franz FORSTER für die Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten.

R. I. P.

An dieser Ausgabe (FK 3/Sept. 1987) haben mitgewirkt:

Dr. Franz DANIMANN, Dir. Franz HAUF, Camillo HEGGER, Mag. Dr. Hubert JURASEK, Dr. Ferdinand KRAUSE, Robert R. POLLAK, ÖSR Anton SÄTTLER, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH

Impressum und Offenlegung

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. **Redaktion:** ORAT i. R. Mag. Dr. Josef WINDISCH. **Verlags- und Erscheinungsort:** Wien. **Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der Redaktion und der Verwaltung:** Laudongasse 16, 1080 Wien, Tel. 43 11 44. **Hersteller:** Typographische Anstalt Ges. m. b. H., Muthgasse 56, 1190 Wien.